



POLITIK / KOMMENTAR

Kramp-Karrenbauer - die Maske fällt ...

(SB) - Auch im Fasching gehen Witze stets zu Lasten derjenigen, die mit ihren Schwächen und Merkwürdigkeiten zur allgemeinen Erheiterung erhalten müssen. In einer gesellschaftlich unterlegenen Position heißt es, gute Mine zum bösen Spiel zu machen, will man nicht den Anwurf kassieren, keinen Spaß zu verstehen. Der vermeintliche Ausnahmezustand des Karnevals ändert nichts daran, daß die mit närrischem Frohsinn vorgetragenen Angriffe virulente soziale Konflikte abbilden, die an dieser Stelle nicht etwa final ausgetragen und damit überwunden ... *(S. 3)*

UMWELT / REDAKTION

CRISPR-Cas - unkalkulierbar ...

(SB) - Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) behandelt in seinem diesjährigen "Frontiers"-Report fünf unterschätzte globale Umweltprobleme, denen sich die Menschheit ausgesetzt sieht. Neben dem Zerschneiden von Lebensräumen, dem Auftauen des Permafrosts, dem Stickstoffüberschuß in der Landwirtschaft und den gescheiterten Klimaschutzmaßnahmen wird auch die synthetische Biologie bzw. die Herstellung ... *(S. 7)*

Ägypten -

Al Sisis Herrschaftsdefensive ...

(SB) 7. März 2019 - In Ägypten verfestigt Präsident Abdel Fatah Al Sisi mit Duldung bzw. Zustimmung des Westens seine brutale Herrschaft. Im Parlament zu Kairo haben am 5. Februar die Claqueure des ehemaligen Generalstabschefs mit überwältigender Mehrheit einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der mittels weitreichender Veränderungen der Verfassung die Militärdiktatur im bevölkerungsreichsten arabischen Staat dauerhaft zementieren soll. Im Mai sollen die Verfassungsänderungen durch eine Volksbefragung abgesegnet werden. In Ägypten werden Opposition und Medien inzwischen dermaßen stark unterdrückt, daß man bereits jetzt mit einem für Al Sisi positiven Ausgang des Referendums rechnen muß. Schließlich stehen im Fall einer Mehrheit für Nein den ägyptischen Behörden alle Möglichkeiten, das Ergebnis im Sinne des neuen Pharaos am Nil doch noch in sein Gegenteil zu verkehren, sei es durch Falschzählung, Vernichtung von Stimmzetteln et cetera, zur Verfügung.

2014, ein Jahr nach dem gewalttätigen Putsch und der Verhaf-

tung von Mohammed Al Mursi, dem ersten frei gewählten Präsidenten Ägyptens, und dem Verbot seiner Moslembruderschaft, ließ sich Al Sisi erstmals zum Staatsoberhaupt wählen. Die Wahl erfolgte auf der Basis einer im selben Jahr vom Volk verabschiedeten Verfassung, welche die Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten à vier Jahre beschränkt. Al Sisi war 2018 nach massiven Repressalien gegen die Kandidaten der Opposition, von denen mehrere aus fadenscheinigen Gründen bis heute hinter Gitter sitzen, wiedergewählt worden. Also müßte er 2022 eigentlich aus dem Amt scheiden, aber er denkt offenbar nicht einmal in Ansätzen daran. In Verbindung mit einer in der neuen Verfassung vorgesehen Verlängerung der präsidentialen Amtszeit von vier auf sechs Jahre gibt es eine Sonderregelung, die Al Sisi nützt. Durch die geplante Annahme der neuen Verfassung würden dessen beide Amtszeiten nicht gezählt. Der Ex-Armee-kommandeur könnte wieder bei Null anfangen und sich 2022 erneut zum Präsidenten wählen und 2028 wiederwählen lassen. Er würde damit bis 2034 an der Spitze des ägyptischen Staats

stehen und erst im hohen Alter von 80 Jahren seinen Hut nehmen.

Zudem stattet die neue Verfassung den ägyptischen Präsidenten mit weitreichenden neuen Befugnissen aus. Künftig ist dieser für die Ernennung und Entlassung der Richter sowie des Generalstaatsanwalts allein zuständig. Die nationale Pressebehörde wird durch ein neues Informationsministerium ersetzt, um die Kontrolle der Exekutive über die Medien noch weiter zu verstärken. Eine Änderung von Artikel 200 legt den Streitkräften ausdrücklich die Pflicht auf, "die Verfassung, die Demokratie und die grundlegende Zusammensetzung der Gesellschaft und ihre zivile Natur" zu schützen. Al Sisi und die Offizierskaste am Nil kontrollieren ohnehin mittels eines weitverzweigten Firmenimperiums einen Großteil der ägyptischen Wirtschaft. Ihr "Staat im Staat" wird mit besagter Verfassungsänderung quasi zu einer unantastbaren Größe.

Während es sich die Generäle auf ihren üppigen Ländereien gut gehen lassen, nagt die Mehrheit der rund 100 Millionen Ägypter in den Slums von Kairo und Alexandria sowie außerhalb der beiden großen Metropolen am Hungertuch - nicht zuletzt infolge weitreichender Kürzungen für Grundnahrungsmittel und Energie, die das Al-Sisi-Regime mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) aushandelte, um von diesen eine Notkredit in Höhe von 12 Milliarden Dollar zu erhalten. Der Tourismus, die größte Devisenquelle Ägyptens, hat sich seit den Umwälzungen der Jahre 2011 bis

2014 nicht mehr erholt. Nachrichten über schlechte hygienische Bedingungen in einigen Luxus-Hotels sowie über die Unterdrückungsorgie seit mehr als fünf Jahren mit Zehntausenden willkürlicher Verhaftungen und Hunderten von verhängten oder vollstreckten Todesurteilen schrecken ausländische Archäologie-Begeisterte und Hobby-Taucher gleichermaßen ab.

Hinzu kommt eine nicht abreißen-lasende Anschlagswelle, die nicht zuletzt von dem anhaltenden Krieg zwischen der ägyptischen Armee und islamistischen Aufständischen auf der Sinai-Halbinsel gespeist wird. Verlässliche Zahlen über Verluste in diesem Konflikt sind wegen der ägyptischen Militärsensur schwer zu erhalten. Auf Seiten der staatlichen Streitkräfte kann es jedenfalls nicht zum Besten stehen. In einem Bericht, der am 31. Januar bei Middle East Eye erschienen ist, sprachen einfache Soldaten anonym vom dem Geschehen im Sinai als "unser Vietnam". Um den Schein zu erwecken, alles doch im Griff zu haben, empfing Al Sisi Ende Februar im Badeort Scharm Al Scheich an der Südspitze der Sinai-Halbinsel mehr als 20 Staatschefs, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel, die britische Premierministerin Theresa May und den französischen Präsident Emmanuel Macron, beim prunkvollen Gipfeltreffen von Afrikanischer Union (AU) und Europäischer Union (EU).

Demonstrativ lieferte sich Al Sisi bei der Abschlußpressekonferenz des kontinenteübergreifenden Treffens einen heftigen Schlagabtausch mit dem EU-

Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der in Anspielung auf die Hinrichtung von neun "Terrorverdächtigen" wenige Tage zuvor die Einhaltung der Menschenrechte angemahnt hatte. Die Länder Afrikas und erst recht Ägypten ließen sich nicht mehr irgendwelche Belehrungen seitens der alten Kolonialmächte gefallen, so Al Sisi. Die Zeit sei vorbei; die Staaten Afrika hätten ihre eigenen Standards; die Europäer sollten sich besser an die eigene Nase fassen und einen humaneren Umgang mit den Bootsflüchtlingen im Mittelmeer pflegen, meinte dieser. Ägyptens Präsident wähnt sich aktuell in einer starken Position. Die innenpolitische Opposition hat er mit polizeistaatlichen Mitteln mundtot gemacht. Israel braucht seine Hilfe, um das Palästinenser-Problem zu lösen. Ohne die Unterstützung Kairo bekommen die EU-Staaten die Flüchtlingsroute über Libyen nicht geschlossen. Kein Wunder daher, daß aktuell die EU mit Ägypten und den anderen Staaten Afrikas über eine Zusammenarbeit bei der Datenerfassung und der Überwachung der sozialen Medien verhandelt, während am 5. März britische und ägyptische Militärs im Norden des Sinais mit einem monatelangen Manöver auf dem Feld der "Terrorbekämpfung" begannen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1649.html>

Kramp-Karrenbauer - die Maske fällt ...

(SB) 7. März 2019 - Auch im Fasching gehen Witze stets zu Lasten derjenigen, die mit ihren Schwächen und Merkwürdigkeiten zur allgemeinen Erheiterung herhalten müssen. In einer gesellschaftlich unterlegenen Position heißt es, gute Mine zum bösen Spiel zu machen, will man nicht den Anwurf kassieren, keinen Spaß zu verstehen. Der vermeintliche Ausnahmezustand des Karnevals ändert nichts daran, daß die mit närrischem Frohsinn vortragenen Angriffe virulente soziale Konflikte abbilden, die an dieser Stelle nicht etwa final ausgetragen und damit überwunden, sondern zementiert werden. Das Regulativ des Witzes stabilisiert den gesellschaftlichen Frieden zum Zwecke der Aufrechterhaltung sozialer Gewaltverhältnisse, an denen nur zum Preis der Überwindung etablierter Strukturen gerührt werden könnte.

Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat die Kritik an ihrem Witz über Intermenschen in der Aschermittwochsrede im mecklenburgischen Demmin zum Anlaß genommen, die eigene Deutungshoheit zum "Wir" der tonangebenden Mehrheit zu verabsolutieren.

Wenn wir das so weitermachen, dann laufen wir Gefahr, etwas ganz Wunderbares in unserem Land kaputtzumachen. Nämlich die Tradition von Karneval, die Tradition von Fastnacht, die Tradition von Kleinkunst, wo man gerade nicht jedes Wort auf die

Goldwaage legen muß. Wenn wir da so verkrampfen, wie wir es in den letzten Tagen getan haben, dann geht ein Stück Tradition und Kultur in Deutschland kaputt, und das sollten wir nicht zulassen. [1]

So locker die Anwärtlerin auf das Amt der Bundeskanzlerin es nehmen mag, eine kleine Minderheit von Menschen vorzuführen, von deren persönlichen Schwierigkeiten und individueller Tragik sie keinen Schimmer zu haben scheint, so verkrampft würde sie jedes Wort auf die Goldwaage legen, wenn die politische Konkurrenz etwa Witze über die religiösen Praktiken von Juden oder Christen machte. Auch im Fasching wie in der Kleinkunst des Kabarets oder der Comedy gibt es Tabus, die zu verletzen den Bannstrahl der Ächtung nach sich zieht, ohne daß die CDU-Vorsitzende eigens dafür einträte, auch dort die Freiheit des Wortes gelten zu lassen.

Kramp-Karrenbauer schwimmt im großen Strom des Konsenses derjenigen, die Gesinnungszensur nach dem Motto "Man wird doch noch sagen dürfen" oder "Man muß doch Spaß verstehen können" unterstellen. Bis an den Rand des Strafgesetzbuches dürfen die BürgerInnen alles sagen, nur müssen sie auch das Echo vertragen. Tatsächlich ist es mit diesem ohne Not, sondern aus instrumentellem Interesse gegen sich selbst gekehrten Freiheitsanspruch bei denjenigen, die Lacher nicht auf ihrer Seite haben,

schnell vorbei. Auch die CDU-Chefin geruht nicht zu spaßen, wenn sie die Definitionshoheit über die Werteordnung der Gesellschaft beansprucht und als Kulturkampf inszeniert, bei dem immer die anderen die Spiel- und Spaßverderber sind. Der von ihr gemeinte Humor ist kein Angebot, auf Augenhöhe mitzulachen, sondern fordert Unterwerfung ein. Er verkörpert einen Herrschaftsanspruch, dem es blutig ernst mit seiner Durchsetzung ist.

Spaß in einem widerständigen Sinne macht Karneval dort, wo er als Sprachrohr von Menschen und Gruppen fungiert, denen ansonsten die Stimme genommen wird, weil sie den strukturellen Gewaltverhältnissen ausgeliefert sind. "Plumpes Abgrenzen und Witze gegen Minderheiten sind das Letzte, was unsere Gesellschaft gebrauchen kann. Der Karneval soll sich an den Mächtigen abarbeiten, an den Politikern, an den Unternehmen, an den Banken, aber nicht an denen, die ohnehin schon zu kämpfen haben." [2] Bundesjustizministerin Katarina Barley spricht aus, was eigentlich selbstverständlich sein müßte. Doch in der neofeudalen Gesellschaft der Bundesrepublik werden meist Herrschaftsdiskurse geführt, die zu durchbrechen nur gelingt, wenn zugleich die Kommandohöhen politischer und ökonomischer Macht erobert werden.

Den Mächtigen unterworfen werden die von Sarrazin und Konsorten ins Bockshorn einer Lebens-

angst gejagten Menschen, die lieber nach unten treten als nach oben aufbegehren. Ihnen kommt eine Kramp-Karrenbauer gerade recht, wenn sie sich in ihrer Demminer Rede über diejenigen echauffiert, die Bedenken wegen des Feinstaubgehaltes von Silvesterböllern, des die Speisekarten dominierenden Fleischkonsums oder des weißen kolonialistischen Blickes auf ethnische Minderheiten zu äußern wagen. Mit diesem rhetorischen Rundumschlag hat die CDU-Chefin vollends klargestellt, wie gering die Berührungsängste ihrer Partei zumindest mit den Positionen der Neuen Rechten geworden sind.

So eilte AfD-Chef Jörg Meuthen ihr sicherlich nicht aus Beschützerinstinkt, sondern fundiertem Eigeninteresse zur Hilfe, indem er die "Idiotien" rund um das dritte Geschlecht anprangerte,

die im linksgrünen "Irrenhaus Deutschland" durch die "Sprachpolizei der Dauerempörten" [3] verteidigt würden. Sich zur Stimme derjenigen aufzuschwingen, die angeblich von ökologisch, geschlechtergerecht und interkulturell argumentierenden Menschen in ihrer Freiheit eingeschränkt werden, ist ein politisch lohnendes Geschäft. Alles bleibt, wie es ist, leuchtet jedem ein, der um die eigenen Überlebensprivilegien bangt, so gering sie auch sein mögen. Veränderungen, die eine lebenswerte Zukunft künftiger Generationen sichern, die massive sozialen Polarisierung in der EU einebnen, die Bewältigung der ökonomischen Not im Globalen Süden vorantreiben, braucht niemand. Nichts geht über die kapitalistische Eigentumsordnung eines Deutschland, das auch durch eine Frau als Kanzlerin nicht die

Zähne patriachaler Herrschaft und imperialistischer Aggressivität verliert.

Anmerkungen:

[1] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-03/annegret-kramp-karrenbauer-cdu-politischer-aschermittwoch-demmin/komplettansicht>

[2] <https://www.abendblatt.de/politik/article216570231/Karneval-Kramp-Karrenbauer-nach-Rede-ueber-drittes-Geschlecht-in-der-Kritik.html>

[3] https://www.deutschlandfunk.-de/drittes-geschlecht-meuthen-verteidigt-buettenrede-von-kramp.2849.de.html?drn:news_id=984040

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1029.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

Ni una menos - Keine weiteren Toten im Knast

von Vivian Palma

(Buenos Aires, 26. Februar 2019, *Marcha/poonaal*) - In der Haftanstalt Bouwer, Provinz Córdoba, starben innerhalb von wenigen Tagen zwei Frauen. Am 3. Februar starb Elsa Medina. Todesursache: Vernachlässigung. Ihr war die nötige medizinische Versorgung vorenthalten worden. Kurz danach, am 22. Februar, wurde

Janet López erhängt in ihrer Zelle aufgefunden. Die feministische Parole "Ni una menos" - "Nicht eine Einzige weniger" erinnert wenige Wochen vor dem 8. März an einen weiteren Kontext: Frauen im Gefängnis.

In Córdoba sprachen Angehörige der verstorbenen Frauen von Mis-

shandlungen. Die Eltern von Janet erstatteten vergangenen Freitag Strafanzeige gegen den Leiter der Strafvollzugsbehörde Córdoba Juan Bouvier. Denn diejenigen, die für die Unversehrtheit und Gesundheit von Strafgefangenen verantwortlich sind, kommen ihrer Verpflichtung nicht nach. In einem Monat starben

zwei Frauen im Gefängnis von Bouwer. Für beide Todesfälle trägt der Staat die Schuld: durch mangelnde Fürsorge, Nachlässigkeit und systematische Repression. Das Regiment der Mitarbeiter*innen der Strafvollzugsanstalt ist geprägt von militärischem Drill. Die Geschichten wiederholen und vervielfältigen sich. An der Parole "Nicht eine Einzige weniger" muss besonders in den Frauengefängnissen festgehalten werden, denn die Frauen sind der patriarchalen Politik und Repression schutzlos ausgeliefert.

Wir sind nicht alle - Proteste in Córdoba und Buenos Aires

Während an verschiedenen Orten der Provinz Córdoba Aktionen stattfanden, wurde der Provinzvertretung (Casa de la Provincia de Córdoba) in Buenos Aires eine Petition übergeben, die Gerechtigkeit für die beiden Frauen fordert. "Der Staat mordet in der Haftanstalt Bouwer" und "Der Staat eliminiert Frauen, die im Gefängnis sitzen und es wagen, ihre Stimmen gegen das Regime zu erheben", war auf den Flugblättern zu lesen, die Angehörige sozialer und politischer Initiativen am Nachmittag des 25. Februar vor der Provinzvertretung verteilten. In Córdoba organisierten Angehörige und Freunde der beiden Frauen mit ihrer Parole "Nicht eine Einzige weniger - auch nicht in den Gefängnissen" eine Kundgebung vor dem Gericht.

Elsa und Janet sind bei uns!

Die 63jährige Elsa Medina starb am 3. Februar, weil ihr die ärzt-

liche Behandlung vorenthalten wurde. Wie ihre Familie mitteilte, hatte sie eine chronische Schilddrüsenüberfunktion und Diabetes. Kurz vor ihrem Tod erlitt sie einen Schlaganfall. Die Verlegung in ein Krankenhaus wurde nicht genehmigt. Wenn sie ärztlich behandelt worden wäre, hätte ihr Tod verhindert werden können.

Am 22. Februar starb die 30jährige Janet López. Man fand sie erhängt in ihrer Zelle. Was daran aufhorchen lässt, ist, dass sich Fälle nach diesem Muster wiederholen. Selbst der behandelnde Arzt erklärte, sie sei nicht depressiv gewesen. "Es ist eine traurige Wahrheit, dass es in Haftanstalten immer wieder zu Selbsttötungen kommt", erklären Angehörige und Unterstützungs-Initiativen. Der Text des Flugblatts beschreibt außerdem, wie die anderen Insassinnen auf Janets Tod reagiert haben. "Die Frauen forderten eine Stellungnahme und gegen Morgen kam dann ein Sicherheitstrupp, um den Aufruhr niederzuknüppeln. Diese Morde sind keine Einzelfälle, sondern traurige Höhepunkte der alltäglichen Misshandlungen und der Gewalt, der die Gefangenen ausgesetzt sind. Deshalb sagen wir: Was in Bouwer passiert ist, war nicht irgendein Aufstand, sondern die Frauen haben auf die permanenten Ungerechtigkeiten und die Gewalt reagiert."

Nicht nur in der Haftanstalt Bouwer

"Das passiert nicht nur in Córdoba, sondern in allen Gefängnissen des Landes. Jeden Tag stirbt

hier ein Mensch und die Gefängnisverwaltung reagiert mit Gewalt, Repression, Vergewaltigungen und Folter bis zum Tod, wie im Fall meiner Tochter", erzählt Alfredo Cuellar, dessen Tochter 2012 im Gefängnis Ezeiza zu Tode kam. Das Urteil gegen Gefängniswärter, die Florencia "China" Cuellar [1] ermordet und den Tod anschließend als Suizid kaschiert haben sollen, wird für November 2019 erwartet. Cuellar setzt sich für die Rechte von Gefangenen ein und prangert die Gewalt in den Gefängnissen an: "Die staatliche Gewalt in den Gefängnissen nimmt immer mehr zu und wird durch das Justizministerium, das Ministerium für Sicherheit und alle Einrichtungen der Strafvollzugsbehörde gedeckt und deshalb können sie sich dort auführen wie die Axt im Walde. So etwas darf nicht passieren, und doch passiert es immer wieder vor den Augen der Regierungsspitze."

"Das Sichtbarmachen ist vielleicht die wirksamste Aktion gegen die Repression", meint Alfredo, selbst Opfer des repressiven Staates. "Wir kommen zusammen, um gegen das Vorgehen der Gefängnisverwaltungen zu protestieren (...) Im Gefängnis in Bouwer sterben jährlich drei Frauen. Und nun sind es innerhalb weniger als 30 Tagen zwei Frauen (...). Wir möchten mit der Aktion unsere Solidarität ausdrücken, damit die Menschen in Córdoba wissen, dass sie nicht allein sind. Sie sind heute Vormittag auch zum Gericht von Córdoba gegangen und wir haben sie in Gedanken begleitet", erzählt Cuellar.

Higui: "Ohne euch wäre ich heute noch im Gefängnis"

An der Aktion in Buenos Aires nahm auch Higui de Jesus teil. Higui hatte patriarchale Gewalt und Ausgrenzung erlebt und musste sich gegen ihre Angreifer wehren - dafür verbrachte sie zu Unrecht sieben Monate in Haft. "Es ist so schwer, sich damit abzufinden, dass dir deine Freiheit genommen wird", erinnert sich Higui. "Wenn du bloß ein bisschen laut wirst oder irgendwas Kritisches sagst, wird dein Besuchsrecht gestrichen. Wenn eine aus der Reihe tanzt, wird die ganze Gruppe bestraft. Ältere Frauen erhalten keine medizinische Versorgung. Du bist immer davon abhängig, dass sie dir die Erlaubnis geben und Strafen verhängen sie auch. Manche Situationen waren wirklich schrecklich. Wenn ich an manche Dinge zurückdenke, fange ich gleich wieder an zu zittern." Higui erwartet im April die gerichtliche Entscheidung über ihren Antrag auf Freispruch.

"Wenn es euch nicht gegeben hätte, säße ich jetzt immer noch im Gefängnis", betont sie. Nun ist Higui bei jeder Aktion dabei. Wie Alfredo ist auch sie der Meinung, dass nur der gesellschaftliche Druck helfe, etwas zu verändern. "Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit erfährt, was da passiert, damit jemand einschreitet. Die Menschenrechtsorganisationen haben dafür keine geeigneten Möglichkeiten. Wir, die Angehörigen, die Freunde, die sich für die Gefangenen einsetzen, müssen uns darum kümmern, dass diese Dinge sichtbar werden, denn nur so können wir der Repression et-

was entgegensetzen", erklärt Alfredo.

Die Namen Elsa Medina und Janet López stehen für die vielen Frauen, die der systematischen Gewalt zum Opfer fallen, im Gefängnis landen und dort durch Vernachlässigung und Misshandlung sterben - mit der Billigung des Staates, der sie eigentlich schützen sollte, so wie es in der Verfassung steht. Die traurige Bilanz: Zwischen 2009 und 2012 starben im Komplex IV der Haftanstalt Ezeiza neun Frauen. Keiner der Todesfälle wurde aufgeklärt.

Alfredo Cuellar kämpft seit sechs Jahren für Gerechtigkeit. Am 7. Februar wurde er erneut angegriffen, nachdem er bereits im Juni 2013 entführt und bedroht wurde, seinen Kampf zu beenden. Ähnliches passierte auch im Jahr 2016 und 2017. Auch sein Sohn wurde stundenlang ohne Grund auf einer Polizeiwache festgehalten. Aufgrund der erneuten Attacke wurde eine Pressekonferenz einberufen.

Bei unserem Partnerradio zum Nachhören:

<http://fm1atribu.com/noticias/2019/02/13/alfredo-cuellar-lo-que-buscan-es-callarnos/>

Anmerkungen:

[1] <https://latinta.com.ar/2016/12/las-pibas-que-mueren-en-las-carceles-son-las-que-luchan/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/ni-una-menos-keine-weiteren-toten-im-knast/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0373.html>

SCHACH - SPHINX

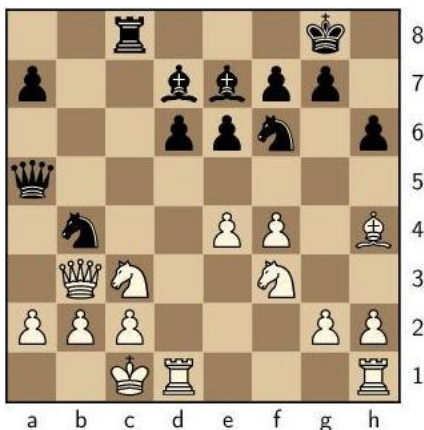
Jubel für den Minsker Meister

(SB) - Bei der 47. Landesmeisterschafts der UdSSR von 1980 siegte völlig überraschend und sich klar vom Verfolgerfeld absetzend der seinerzeit 55jährige Oldtimer Efim Geller, ältester Teilnehmer des Turniers und dennoch schlagkräftig genug, um die jüngere Konkurrenz aus Artur Jussupow, Juri Balaschow und Garry Kasparow abzuhängen. Alle drei kamen aus demselben "Stall", nämlich aus Moskau, abgesehen natürlich von unserem Mann aus Baku, Kasparow, der jedoch später ebenfalls in die Hauptstadt umsiedeln sollte. Ausgetragen wurde der Wettkampf in Minsk, und ihr Lokalmatador, Viktor Kupreitschik, sorgte dann für die zweite Überraschung des

UMWELT / REDAKTION / GENTECHNIK

CRISPR-Cas - unkalkulierbar ...

Turniers. Mit sehr viel Elan, phantasielosem Spiel und taktisch gewürzten Partien katapultierte er sich auf den fünften Platz. Entsprechend wurde er von seinen Fans im Turniersaal mit Jubel und Applaus gefeiert. Im heutigen Rätsel der Sphinx, seiner vielleicht schönsten Partie aus diesem Turnier, besiegte er den Omsker Großmeister Vitali Zeschkowski mit den schwarzen Steinen. Eine Neuerung in einer Variante der Sizilianischen Verteidigung, die bis dahin als mühsam für den Nachziehenden galt, ebnete den Weg zum Erfolg. Im Stellungsdiagramm hatte Kupreitschik bereits die Qualität geopfert. Mit dem nächsten Zug wuchs der schwarze Angriff auf unüberwindliche Stärke an, Wanderer.



Zeschkowski - Kupreitschik
Minsk 1980

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:
Auf 1...Tc8-c4 wiesen die Sterne aus, daß Weiß nach 2.g2-g4! a5-a4 3.Sb3-d4 Lc3xd4 4.Sf3xd4 Dd6-e5 5.Sd4-f3 De5-d6 - 5...Tc4-c1+ 6.Kg1-g2 De5-e4 7.Tb5-b8+ Se7-c8 8.Dh4-d8+ mit Figurengewinn - 6.Tb5-a5! Tc4-c8 7.Ta5xa4 Se7-g6 8.Dh4-h5 Dd6-f6 9.Dh5-f5 Df6-c6 10.Ta4-a7 Tc8-f8 11.Ta7-d7 d5-d4 12.Td7xd4 Tf8-a8 13.a2-a4 unbedingt gewinnen würde, was dann auch geschah.

(SB) 7. März 2019 - Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) behandelt in seinem diesjährigen "Frontiers"-Report fünf unterschätzte globale Umweltprobleme, denen sich die Menschheit ausgesetzt sieht. Neben dem Zerschneiden von Lebensräumen, dem Auftauen des Permafrosts, dem Stickstoffüberschuß in der Landwirtschaft und den gescheiterten Klimaschutzmaßnahmen wird auch die synthetische Biologie bzw. die Herstellung neuer Organismen aufgeführt. Bislang seien die Organismen nur in geschlossenen Systemen gezüchtet worden, nun aber stehe beispielsweise die Freisetzung gen-veränderter Moskitos unmittelbar bevor und niemand wisse, ob sich daraus nicht irreparable Schäden für Mensch und Umwelt ergeben. [1]

Wie bereits in seinen früheren Berichten aus der "Frontiers"-Reihe nimmt das UN-Umweltprogramm keine strikte Position gegen eine der von ihm genannten Technologien ein, sondern spricht von "Chancen und Herausforderungen", in diesem Fall der Mittel und Methoden der synthetischen Biologie.

Forscherinnen und Forscher wollen über den mikrobiologischen Eingriff in die Erbsubstanz zum Beispiel Pflanzen gegen Krankheiten immunisieren, um den wachsenden Nahrungsbedarf der Menschheit zu decken, Infektionskrankheiten wie Zika, Dengue und Malaria in Schach halten,

Erbkrankheiten ausmerzen, die Ausbreitung von Tierseuchen verhindern, invasive Arten einhegen, Erdölersatzstoffe und Medikamente herstellen, Korallen gegenüber der Erwärmung, Versauerung und Verschmutzung der Meere unempfindlich machen und sogar vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten wiederbeleben.

Die Erwartungen an die synthetische Biologie und die Perspektiven, die von den damit befaßten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verbreitet werden, sind riesig. Wohingegen sich die Resultate bislang eher bescheiden ausnehmen. Das kann man der Forschung allerdings nicht zum Vorwurf machen, da der - vermeintlich gezielte - Eingriff in das Genom von Lebewesen erst seit 2012 existiert, als zum ersten Mal die CRISPR/Cas9 beschrieben wurde. Zwar war das Jahr weder der Beginn der synthetischen Biologie noch des genomischen Eingriffs, aber es bildete den Startpunkt für weltweite Forschungen mit dieser Gen-Schere.

Problematisch ist deshalb auch die Geschwindigkeit, mit der in verschiedenen Ländern seitdem mit den Lebensbausteinen experimentiert wird. Das UN-Umweltprogramm bemängelt das Fehlen ethischer Standards und eines internationalen Regelwerks, damit die Forschungen unter strenge Aufsicht gestellt werden. Auch müßten alle gesellschaftlich Beteiligten in die Bestimmung ethi-

scher Standards einbezogen werden. Die Diskrepanz zwischen jenen, die die synthetische Biologie gutheißen, und jenen, die sie ablehnen, sei ausgesprochen groß und müsse durch die Politik überbrückt werden.

An dieser Stelle scheint das UN-Umweltprogramm allerdings gute Miene zum bösen Spiel zu machen, denn spätestens seit November vergangenen Jahres, als die Geburt der beiden genomeditierten Babys Nana und Lulu in China, die gegen eine Infektion mit dem HI-Virus unempfindlich gemacht worden sein sollen, bekanntgegeben wurde, hat die Forschung das Restvertrauen der Öffentlichkeit in die Umsicht der Zunft verbraucht. [2]

"Die potenziell weitreichenden Auswirkungen der synthetischen Biologie erfordern Governance-Methoden und Forschungsrichtlinien, die ihre ethische und verantwortungsvolle Nutzung fördern." (UNEP: Frontiers 2018/19 - Emerging Issues of Environmental Concern, 4. März 2019)

Ein Merkmal wissenschaftlichen Arbeitens besteht in der Festlegung von Parametern für eine Versuchsanordnung. Mit dem Experiment wird versucht, die Wirklichkeit abzubilden, indem unerwünschte Einflußfaktoren ausgeschlossen werden, so daß eine konkrete Fragestellung "sauber" untersucht werden kann. In der synthetischen Biologie jedoch ist es zur Zeit so, als würde man selbstfahrende Auto auf den Straßenverkehr loslassen und behaupten, daß man die Probleme im Griff hat. Ein solcher Versuch wäre ein Experiment am Men-

schen mit der Gewißheit eines tragischen Ausgangs.

Dieser Vergleich hinkt deshalb, weil die synthetische Biologie um vieles komplexer ist als der Straßenverkehr; und die Folgen eines "Unfalls" wären weitreichender. Denn genomische Eingriffe werden vererbt.

Wenn man etwas aus der gemeinsamen Geschichte von Menschen und Mikroorganismen wie Viren und Bakterien gelernt haben sollte, dann doch wohl, daß diese häufig Mittel und Wege gefunden haben, ihnen auferlegte Schranken zu unterlaufen oder zu umgehen. So steht die Antibiotika-Forschung stets mit dem Rücken zur Wand, weil die zu bekämpfenden Erreger zunehmend Resistenzen gegen alles entwickeln, mit denen Menschen sie in Schach zu halten versuchen.

Ergänzend dazu weiß auch die Ökosystemforschung von überraschenden Entwicklungen im Zusammenspiel verschiedener Einflußfaktoren zu berichten. Beispielsweise kam es 2015/16 in Brasilien zu einer klimatisch bedingten Epidemie mit Dengue-Fieber, das von Moskitos übertragen wurde. Eigentlich sollte man erwarten, daß es in jenem Jahr besonders viel geregnet hätte und sich die Insekten deshalb stark vermehrt hätten. Doch es war ein ausgesprochen trockenes Jahr. Die Dürre hatte jedoch die Moskitos zur Eiablage in die Siedlungen getrieben, weil sie dort noch offene Wasserflächen fanden, die auf dem Land ausgetrocknet waren. Die Moskitos gediehen prächtig und stachen die Menschen, was die Infektionsrate mit Denguefieber erhöhte.

Zwei Beispiele, die die unkalkulierbare Gefahr verdeutlichen, wenn genom-veränderte Lebewesen freigesetzt werden oder versehentlich aus einem Labor entweichen sollten. Die Sicherheit, mit der die Wissenschaft Angelerntes dem Praxistest aussetzt, darf in einer potentiell so folgenschweren Forschungsrichtung wie der synthetischen Biologie doch sehr in Frage gestellt werden. Sollten aufgrund eines sogenannten "Gene Drives" (Gen-Antriebs) Veränderungen in einem Ökosystem auftreten, wären sie vermutlich noch schwieriger zu beheben als nach der Freisetzung von Radionukliden durch einen Unfall in einem Kernkraftwerk. Radioaktivität kann man messen, Genomveränderungen nicht.

"Im Falle einer absichtlichen Freisetzung bleiben die Bedenken über eine mögliche genetische Kreuzkontamination zwischen Arten, ökologische Wechselwirkungen und Auswirkungen auf Ökosysteme und ihre Dienstleistungen weitgehend ungelöst. Die genetische Veränderung eines Krankheitsträgers könnte dazu führen, daß sich ein Krankheitserreger entwickelt und virulenter wird oder von einem neuen Vektor getragen wird." (UNEP: Frontiers 2018/19 - Emerging Issues of Environmental Concern, 4. März 2019)

In dem Report des UN-Umweltprogramms wird gefordert, daß das Vorsorgeprinzip eingehalten wird. Das bedeutet, es dürfen erst dann Substanzen bzw. Organismen in Verkehr gebracht werden, wenn zuvor nachgewiesen wurde, daß daraus keine Schäden für andere entstehen. Sicherlich ist es zu begrüßen, wenn hier an das Vor-

sorgeprinzip erinnert wird, doch könnte nicht einmal das vor einer schweren politischen Krise bewahren: Allein daß es theoretisch möglich ist, biologische Waffen von bislang unerreichter Raffinesse und Letalität herzustellen, birgt das Potential geopolitischer Konflikte.

Anmerkungen:

[1] tinyurl.com/y2k2pyq5

[2] <http://schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1335.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umge-315.html>

UMWELT

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Mexiko Wärmekraftwerk JA, Goldmine NEIN - AMLO spielt Dr. Jekyll und Mr. Hyde

von Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, 4. März 2019, npl)
- Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO, zeigt beim Umgang mit Megaprojekten zwei völlig verschiedene Gesichter: Am vergangenen Wochenende (3. März) schloss er in Cabo San Lucas, Bundesstaat Baja California Sur, unter dem Jubel der Anwesenden die Weiterverfolgung des seit mehreren

Jahren diskutierten Bergbauprojektes Los Cardones im Naturschutzgebiet Sierra de la Laguna kategorisch aus. Dort hatte die Gruppe Invecture vor, im offenen Tagebau umfangreiche Goldvorkommen auszubeuten. Interessanterweise befindet sich Invecture im Besitz des umstrittenen Unternehmers Salinas Pliego, dem auch der mexikanische Fernsehkonzern TV Azteca gehört. Salinas ist Mitglied des von AMLO ernannten Unternehmerbeirates. Früher ein erbitterter Gegner von López Obrador, hatte sich Salinas Pliego mit seinem Medienkonzern vor den Präsidentschaftswahlen im Juli 2018 auf die Seite des favorisierten Oppositionskandidaten geschlagen.

AMLO erklärte in Cabo San Lucas mit Hinweis auf das Naturschutzgebiet und den Tourismus, es ginge darum "das Paradies zu schützen und die Natur nicht zu zerstören". Zudem müssten die Grundwasserreserven garantiert werden. Explizit ging er auf ein Treffen mit Gegner*innen des Tagebauprojektes ein. Diese hatten ihn vor einigen Monaten aufgefordert, sich eindeutig zu Los Cardones zu äußern. Anders als bei seinen Befragungen sui generis über einen neuen internationalen Flughafen für Mexiko-Stadt [1] und ein Wärmekraftwerk im Bundesstaat Morelos [2] will López Obrador im Fall der Goldmine auf eine Befragung verzichten und schlicht von seiner Entscheidung Gebrauch machen.

Guter AMLO, böser AMLO

Ganz anders verhält sich der Präsident bei der geplanten Inbetriebnahme des Wärmekraftwer-

kes Huexca in Morelos. Dies ist Teil des Großvorhabens Integrales Projekt Morelos (PIM) mit einer Gas-Pipeline und einem weiteren geplanten Wärmekraftwerk. Dort ging AMLO die Gegner*innen am 10. Februar verbal aggressiv als "konservative Linksradikele" an. Trotz des bisher nicht aufgeklärten Mordes an dem Wärmekraftwerk-Gegner und Nahua-Indígena Samir Flores [3] am 20. Februar, sagte er die Befragung im Bundesstaat Morelos [4] und einigen Landkreisen in den Nachbarstaaten Puebla und Tlaxcala an dem darauffolgenden Wochenende nicht ab. Die Wahlbeteiligung lag bei durchschnittlich 2,2 Prozent. Die Bevölkerung in den direkt betroffenen Gemeinden [5] boykottierte die Wahl zum Teil aktiv. Die überwältigende Mehrheit der abgegebenen Stimmen im direkten Umfeld des Projektes lautete auf Nein zum Kraftwerk. Dennoch hatte López Obrador kein Problem damit, die offiziell 59,5 Prozent Ja-Stimmen des Gesamtergebnisses als eindeutige Zustimmung zum Projekt zu werten. Obwohl die Kleinbäuer*innen und -bauern der Region unter anderem um Menge und Qualität ihres Wassers fürchten - Millionen Liter müssen tagtäglich durch das Kraftwerk geschleust werden -, wiegt für AMLO in Morelos die Summe von bereits investierten 25 Milliarden Pesos (ca. 1,2 Milliarden Euro) schwerer.

Auch dies ein angreifbares Argument. Denn das in seiner ursprünglichen Form völlig eingestampfte Projekt des neuen internationalen Großflughafens bei Mexiko-Stadt kostete die neue Regierung wegen angefangener

Bauarbeiten und eingegangener Zahlungs- und Kreditverpflichtungen mehr als 100 Milliarden Pesos (hat sie allerdings möglicherweise vor weitaus größeren Verlusten bewahrt - in Teilen lässt der Flughafen Berlin-Brandenburg durchaus grüßen). Eine klare Linie für AMLOs Entscheidungen zu Megaprojekten ist nicht erkennbar.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/poonal/mexiko-stadt-flughafenbau-weder-in-atenco-noch-texcoco/>

[2] <https://www.npla.de/poonal/energieversorgung-in-zapatash Heimat/>

[3] <https://www.npla.de/poonal/indigener-aktivist-vor-abstimmung-ueber-kraftwerk-huexca-ermordet/>

[4] <https://www.npla.de/allgemein/mexiko-abstimmung-ueber-kraftwerk-bringt-keine-klare-entscheidung/>

[5] <https://www.npla.de/poonal/indigene-rechte-juristische-rueckschritte-und-einsatz-der-politischen-macht/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/allgemein/waermekraftwerk-ja-goldmine-nein-amlo-spielt-dr-jekyll-und-mr-hyde/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenspool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uilt0190.html>

MUSIK / FAKTEN / HINTERGRUND

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

Sudor Marika: cumbia, lucha y alegría

Die Cumbia tanzt nicht mit machistischer Gewalt!

(Buenos Aires, 20. Februar 2019, *Marcha*) - Dieses Jahr wird in Argentinien gewählt. Die Band Sudor Marika hofft, dass ihr nächstes Album "Populismo Rosa" die Abwahl der Regierungspartei Cambiemos begleiten wird und werben für Cristina Kirchners Rückkehr. Die Wahlergebnisse könne man zwar nur abwarten, so die Sängerin Rocío Tirita, aber es sei fundamental, dass die Privilegien für Cisgender und Weiße der Mittelklasse politisch neu gedacht werden. "Vielleicht ist es an der

Zeit, ein wenig zu schweigen und denen zuzuhören, die in der Vergangenheit mundtot gemacht wurden", ergänzt Rocío.

Sudor Marika wurde Ende 2014 gegründet. Vicente Quintreleo (Gitarre und Gesang), Sebas Zalsali (Keyboards), Nahuel Puyaps (Bass) und Rocío Tirita (Gesang und Güiro/Ratschgurke) taten sich zusammen, um für die Hochzeit zweier Freunde Cumbia-Cover-Songs zu spielen. Das war der Anfang. Nach und nach merkten

sie, dass sie weiter zusammen Musik machen wollten. Die Gruppe wurde noch durch Carolina Piccarreta (Octapad/elektro-Percussion), Lautaro Pane (Timbales/ Percussion) und Nicolás Gabioud (Trompete) vervollständigt.

Cumbia

"Es war immer die Musik, die uns verband. Es begann alles sehr spielerisch", erinnert sich Rocío

und erzählt, dass - als es darum ging den Musikstil der Gruppe festzulegen - die Cumbia die Oberhand behielt. Denn alle hörten Cumbia, tanzten und feierten dazu. "Wir wissen, dass sie eine stark frauenfeindliche Seite hat, aber sie hatte auch immer etwas Sozialkritisches. Es macht keinen Sinn die Cumbia komplett zu verdammen, den allseits beliebten Teil muss man bewahren. Es ist ein Genre, das einen zum Tanzen bringt, selbst wenn man es nicht so sehr mag", reflektiert die Sängerin. Die Vorurteile müssten ausgehebelt und die Tür für Lieder, wie die von Sudor Marika, weit geöffnet werden.

Lucha

"Als die Übeltäter von Cambiemos die Kampagne der "Revolution der Freude" starteten, wussten wir alle (...), dass sie sich dieses Wort nicht aneignen können und noch weniger die Freuden", erklärt Rocío. Die Band versuchte von Anfang an eine größtmögliche Nähe zwischen den Ideen, die sie in ihren Songs transportieren, und ihrer Lebensweise zu schaffen. "Das bedeutet nicht, dass es keine Widersprüche gibt. Wir alle leben mit Widersprüchen", gesteht Rocío. Die Band übernimmt eine Vorbildfunktion, sie sind Sinnstifter*innen, wenn sie darüber singen wie sie leben, in welche

Richtungen sich ihre Forderungen und Kritiken entwickeln können. "Mehrere Lieder handeln von Polyamorie, andere nicht. Was wir nicht wollen, ist, dass unsere Inhalte zu Bibelversen werden. Wir wollen, dass jede Person selber entscheidet, wie sie leben will. Alle Geschichten sind mögliche Konstruktionen, sie sind nicht heilig", reflektiert die Künstlerin.

Alegría

Die Band versucht bei jedem Treffen, kleine Schützengräben des Feierns und Kämpfens aufzubauen. Ein idyllischer Moment, um Energie aufzutanken und den Widerstand zu stärken. Auf diesem Weg der Konstruktion und Dekonstruktion haben sich schwesterliche und brüderliche Verbindungen mit anderen Einrichtungen ergeben, wie z.B. dem Theater Mandril. Es gibt ein Netzwerk von selbstverwalteten Projekten, die sich gegenseitig unterstützen, um einen kulturellen, freundschaftlichen, liebevollen und kämpferischen Kreislauf zu erhalten. "2019 wird kein einfaches Jahr. Für niemanden, außer für diejenigen, die anders leben wollen. Wir werden Unterstützungsnetzwerke aufbauen müssen und gegenseitig für uns sorgen", vermutet Rocío mit Blick auf die Zukunft und warnt vor der Zunahme des Faschis-

mus in all seinen Formen. Auch innerhalb des Feminismus gäbe es den: "Das ist der Versuch, Transvestiten und Trans-Personen vom Aufbau auszuschließen und das ist unzulässig", schließt die Künstlerin.

Video von Sudor Marika:
<https://youtu.be/NPCabaB9UOA>

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/allgemein/sudor-marika-cumbia-lucha-y-alegría/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/fakten/mufhi232.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

- 1 POLITIK - REDAKTION: Ägypten - Al Sisis Herrschaftsdefensive ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Kramp-Karrenbauer - die Maske fällt ...
- 4 REPRESSION - FAKTEN: Argentinien - Ni una menos! Keine weiteren Toten im Knast (poonal)
- 6 SCHACH-SPHINX: Jubel für den Minsker Meister
- 7 UMWELT - REDAKTION: CRISPR-Cas - unkalkulierbar ...
- 9 INTERNATIONALES: Mexiko - Wärmekraftwerk JA, Goldmine NEIN.
AMLO spielt Dr. Jekyll und Mr. Hyde (poonal)
- 10 MUSIK: Argentinien - Die Band Sudor Marika wirbt für Cristina Kirchners Rückkehr (poonal)
- 12 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 8. März 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. März 2019

+++ Vorhersage für den 08.03.2019 bis zum 09.03.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Heut' regnerisch und trübe,
Wolkenwechsel, Sonnenschein,
mit regennasser Rube
springt Jean in den Teich hinein.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.